

Alternativ · informativ · heimatverbunden



NACHGEHAKT

Zeitschrift des Landtagsabgeordneten André Barth **Nº 2/2024**



**„Geheimtreffen“ in Potsdam?
Wie eine Medienlüge Einfluss auf die Politik nimmt**

2



7

Bundesregierung lässt Hochwasseropfer im Regen stehen



8

Korruption im SPD-geführten Sozialministerium?



11

Aufstellungsversammlung für die Kommunalwahl am 9. Juni 2024

„Geheimtreffen“ in Potsdam? Wie eine Medienlüge Einfluss auf die Politik nimmt



Ein „Geheimtreffen“ hält die Bundesrepublik in Atem. Eine Art „neue Wannseekonferenz“ soll am 25. November 2023 in Potsdam stattgefunden haben, an der auch AfD-Mitglieder teilnahmen und auf der die Deportation von Menschen mit Migrationshintergrund besprochen wurde, auch von solchen mit deutscher Staatsbürgerschaft. So verlauteten zumindest die Medien in heller Aufregung im Januar 2024, nachdem eine Recherche des sogenannten Investigativ-Netzwerkes „Correctiv“ öffentlich wurde. Der sächsische CDU-Innenminister war der erste Politiker, der in diesem Zusammenhang den Begriff der „Deportationen“ verwendete. Das Geheimtreffen war freilich so geheim, dass es gleich in einer Landeshauptstadt stattgefunden hat und dort auch noch in einem Hotel, in dem Personal arbeitet und sich um die Gäste kümmert. Aber sei es drum, die Empörungsmaschinerie setzte sich in Gang und es dauerte nicht lange, bevor die ersten Forderungen nach einem AfD-Verbot laut wurden. Übrigens nahmen beim Treffen in Potsdam auch

mindestens vier CDU-Mitglieder teil. Eine Verbotsforderung gegen die Christdemokraten haben wir bislang aber noch nicht vernommen. Seitdem sind Woche für Woche in Teilen der Republik Menschen bei „Anti-Rechts“-Demos auf den Straßen und positionieren sich gegen die AfD und „für Demokratie“, ganz so, als ob das tatsächlich Gegensätze wären. Die SPD-Innenministerin Nancy Faeser droht Spendern an die AfD, diese würden nicht unentdeckt bleiben und stellt das Bankgeheimnis infrage und die Sparkasse Mittelfranken-Süd schreibt einem Kunden, der an die AfD spendete, einen Brief, dieser möge „im eigenen Interesse solche Zahlungen“ einstellen. Nicht von ungefähr kommen SPD und Grüne nun auch noch mit einem „Demokratieförderungsgesetz“ um die Ecke, das selbst ihr Koalitionspartner FDP für eine „Gefahr für die Demokratie“ hält. Was aber ist denn bei Lichte betrachtet wirklich passiert und was von den ursprünglich verlautbarten „Erkenntnissen“ ist letztlich haltbar gewesen? Und was ist das Recherchenetzwerk „Correctiv“ überhaupt?

Bei „Correctiv“ handelt es sich um ein regierungsfinanziertes Netzwerk, das sich in der Vergangenheit bereits als klarer Akteur gegen demokratische Grundwerte gezeigt hat. Correctiv-Autor Jean Peters war es, der im Jahr 2016 der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch eine Torte ins Gesicht warf und anschließend zu 50 Tagessätzen verurteilt wurde. In mehreren späteren Interviews lobte er seine Gewalttat gegen eine Frau. Für das in Berlin aufgeführte Theaterstück zum „Geheimtreffen“ zeichnete Peters mitverantwortlich. Peters schrieb über sich selbst auf seiner Internetseite: „Ich entwickle Aktionen und erfinde Geschichten, mit denen ich in das politische und ökonomische Geschehen interveniere.“ Anfang Februar, also nach den jüngsten Veröffentlichungen, änderte er diesen Abschnitt.

Jean Peters – über sich selbst:
„Ich entwickle Aktionen und erfinde Geschichten, mit denen ich in das politische und ökonomische Geschehen interveniere.“ ...

Allein im Jahr 2022 erhielt „Correctiv“ übrigens über 600.000€ aus Steuergeldern, darunter über 262.000€ direkt oder indirekt aus dem Bundeshaushalt. Die seit 2022 im Amt befindliche Geschäftsführerin des selbst ernannten „Recherchenetzwerkes“ Jeannette Gusko arbeitete in der Vergangenheit für das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Aus genau diesem Ministerium erhielt „Correctiv“ in den Jahren 2022 und 2023 266.000€. Gusko trat zudem mehrfach bei Veranstaltungen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung auf und war auch Gastrednerin bei einem SPD-Parteitag.

Ein wirkliches Geheimtreffen wurde jedoch durch eine schriftliche Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf öffentlich, nämlich ein Geheimtreffen von Gusko mit SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz am 17. November 2023 – also acht Tage vor dem angeblichen „Geheimtreffen“ in Potsdam. Dies war jedoch kein Einzelfall – insgesamt elfmal trafen sich Vertreter von „Correctiv“ in den vergangenen vier Jahren mit Vertretern der Bundesregierung, also bereits während Merkels Kanzlerschaft.

Diese Verbindungen lassen die ganze Geschichte etwas anders erscheinen, zumal mittlerweile von den ursprünglichen Vorwürfen sich nichts mehr als haltbar erweist. Anette Dowideit, stellvertretende Chefredakteurin von „Correctiv“ ruderte bereits im ARD-„Presseclub“ zurück und behauptete, dass „Correctiv“ nie von „Deportationen“ gesprochen habe. Dies ist nachweislich falsch, auch wenn dies auf deren Internetseite nachträglich geändert wurde. Am Ende bleibt der Fakt, dass Martin Sellner von „Remigration“ gesprochen habe und zwar die Ausweisung von Asylbewerbern ohne Bleiberecht, von kriminellen Asylbewerbern und von der Ausweisung von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft, die sich nachweislich nicht in die Gesellschaft integriert haben. Hierzu müsste die deutsche Staatsbürgerschaft dann wieder aberkannt werden.

Sellner befindet sich damit also in geistiger Gesellschaft mit dem bayrischen CSU-Innenminister Joachim Hermann, der sich zu dieser Thematik wie folgt zitieren ließ: „Es darf für Doppelstaatler keinen Persilschein geben, dass ihnen die einmal erworbene deutsche Staatsangehörigkeit auf Lebenszeit garantiert ist, unabhängig davon, wie sehr sie durch schwere Straftaten unser Gemeinwesen schädigen.“ ▶



Correctiv Mitarbeiter Jean Peters (Geheimplan gegen Deutschland) ist eifrig am Löschen. "Ich entwickle Aktionen und erfinde Geschichten". 2019 und 2020 arbeitete ich die meiste Zeit als Autor (...) im Team von Jan Böhmermann. Auch der Tweet "Ich bin Antifa" nach Attacke auf Beatrix von Storch wurde gelöscht. #ReformOerr #OerrBlog
Hier archiviert:
web.archive.org/web/2024020318...
archive.is/dR8cy



Link zum ÖRR Blog auf X (Twitter)
... inklusive den Links zu Jean Peters Texten über sich selbst



Und auch Bundeskanzler Olaf Scholz forderte: „Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben!“

Am Ende gab es also ein Geheimgespräch, das nicht geheim war. Von den unterstellten „Deportationen“ war nie die Rede und es wurden Forderungen diskutiert, die entweder der geltenden Rechtslage entsprechen oder aber zumindest auch von hochrangigen Vertretern der etablierten Parteien ebenso erhoben werden – und definitiv mit dem Wertekanon des Grundgesetzes im Einklang stehen.

ORR Blog @OERRBlog
Anette Dowideit hat gestern im Presseclub behauptet, #Correctiv hätte den Begriff "Deportation" nicht verwendet. Heute wurde die Homepage "überarbeitet". #ReformOerr #OerrBlog
Hier archiviert:
web.archive.org/web/2024012914...
web.archive.org/web/2024012917...

Der AfD-Komplex - Vorbestellung
23,00 €*
Preis inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten
Dieses Produkt erscheint am 23. März 2024
In den Warenkorb

Der Angriff der AfD auf unsere Demokratie begann nicht erst mit dem Potsdamer Geheimgespräch im November 2023. Die Pläne zur Deportation Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund markieren nur für jeden sichtbar den offenen Rechtsextremismus der Faschisten in der AfD.



Link zum ÖRR Blog auf X (Twitter) ... inklusive den Links zu den geänderten Beschreibungen bei Correctiv nach dem ARD-Presseclub

Selbiges hat mittlerweile auch das Landgericht Hamburg festgestellt. CDU-Staatsrechtler Ulrich Vosgerau – einer der Teilnehmer des Treffens in Potsdam – hatte gegen Correctiv geklagt. Seine Unterlassungsklage zur Berichterstattung über seine Person ist zwar nur zum Teil erfolgreich gewesen. Ganz konkret wird Correctiv jedoch untersagt, weiterhin zu behaupten, Vosgerau hätte beim besagten Treffen vorgeschlagen, „man könne vor den kommenden Wahlen ein Musterschreiben entwickeln, um die Rechtmäßigkeit von Wahlen in Zweifel zu ziehen, für denkbar: Je mehr mitmachen, stimmt er zu, umso höher die Erfolgswahrscheinlichkeit“.

Viel größere Sprengkraft hat jedoch, was in dem über diese Aussage hinaus gehenden Verfahren durch Correctiv in einem weiteren Schriftsatz einräumen musste, nämlich folgendes unter Bezugnahme auf Martin Sellner: „Eine derartige Tatsachenbehauptung, die dem Beweise oder der Glaubhaftmachung zugänglich wäre, wird in dem Streitgegenständlichen Artikel nicht erhoben. Im Gegenteil: Die deutsche Staatsbürgerschaft hat Sellner in seinen Ausführungen ausdrücklich als juristische Sperre für eine Ausweisung anerkannt.“ Correctiv räumt damit nichts geringeres ein, als dass der zentrale Kern der Berichterstattung über das angebliche Geheimgespräch eine glatte Lüge war. Genau diese Behauptung, die Ausweisung sogar deutscher Staatsbürger, war es nämlich, die Verfassungsrechtler auf den Plan gerufen hatte und die Grundlage zahlreicher AfD-Verbotsforderungen wurde. Correctiv musste nun einräumen, dass die Berichterstattung nicht nur gelogen war, sondern dass sogar das Gegenteil durch Sellner ganz klar betont wurde. Welch infames Schauspiel!

Was steckt vermutlich hinter der Kampagne?

Warum dann also diese Aufregung mit Massendemonstrationen bis hin zu Forderungen nach einem AfD-Verbot?

Richtig, 2024 ist Wahljahr und die Umfragewerte sehen die AfD in den östlichen Bundesländern als stärkste Kraft. Da muss der politische Gegner etwas tun. Moral spielt dabei keine Rolle, es dürfen ruhig auch „Fake News“ sein.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass Medienlügen benutzt wurden, um den „Kampf gegen rechts“ zu forcieren. Im Jahr 2000 wurden seitens einer Mutter Vorwürfe laut, im Sommer 1997 hätten Neonazis in Sebnitz ihren 6-jährigen Sohn Joseph Kantelberg-Abdullah im Freibad ertränkt und hunderte Badegäste hätten dabei zugesehen. Es wurden sogar Haftbefehle gegen drei „Verdächtige“ erlassen, die Leiche des Jungen exhumiert und der Bundeskanzler (übrigens wie der heutige ein Sozialdemokrat) Gerhard Schröder empfing Renate Kantelberg-Abdullah persönlich. Monatelange mediale Hetzjagd auf die Stadt Sebnitz, Verhöre von Polizei und Staatsanwaltschaften, die mit rechtsstaatlichen und professionellen kriminalistischen Methoden wenig zu tun hatten, hielten die Lüge zunächst aufrecht. Am Ende kam heraus, dass der Junge beim Schwimmen einen Herzinfarkt erlitten hatte, der durch einen angeborenen Herzfeh-

ler verursacht wurde. Diesen hatte die Mutter bewusst verschwiegen.

Im Juli 2000 explodierte in Düsseldorf eine mit TNT gefüllte Rohrbombe, zehn Migranten wurden verletzt, eine schwangere Frau verlor ihr Kind. Sechs der Opfer waren Mitglieder regionaler jüdischer Gemeinden. Wenige Wochen später wurde ein Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verübt. Gerhard Schröder rief damals den „Aufstand der Anständigen“ aus, der „Kampf gegen rechts“ mündete in einem Verbotsverfahren gegen die NPD. Das Gerichtsverfahren gegen einen mutmaßlichen Täter des Rohrbombenanschlags endete 18(!) Jahre später mit einem Freispruch. Der Anschlag auf die Synagoge entpuppte sich als das Werk von zwei jungen Arabern. Das Verbotsverfahren gegen die NPD wurde 2003 eingestellt, da die Partei bis in die höchsten Führungsgremien mit V-Männern des Verfassungsschutzes durchsetzt war.

Und nun wird versucht, die AfD sturmreif zu schießen. Denn die „Anti-Rechts-Demos“ finden weiterhin statt. Das „Demokratiefördergesetz“ steht weiterhin im Raum und die politische Debatte ist geprägt von einer hasserfüllten Stimmung, gegen alles, was nicht ins linke Weltbild passt.

Lassen Sie sich aber von den vermeintlichen Großdemos von vermeintlich unabhängigen Bürgern keinen Sand in die Augen streuen! Machen Sie sich mal die Mühe und geben die Namen der von den öffentlich-rechtlichen Medien interviewten Demonstranten in eine Suchmaschine Ihrer Wahl ein. Sie werden staunen, wie oft Sie auf bezahlte Funktionäre und Mandatsträger von Linken, Grünen und SPD treffen.



Allein im Januar 2024 wurden im ÖRR in 90 Fällen Politiker, eigene Mitarbeiter, Experten mit Parteibuch oder aus parteinahen Stiftungen interviewt, ohne dies kenntlich zu machen.

Denn das eigentliche Ziel dieser inszenierten Kampagne ist mitnichten die Rettung der Demokratie, sondern die Durchsetzung eines linken Gesinnungsstaates, in dem alles verboten, zumindest aber diffamiert wird, das nicht ins linke Weltbild passt. Und so wundert es auch nicht, dass die CDU teilweise auf den aktuellen Demonstrationen ebenso zum Gegner erklärt wird. In diesem Zusammenhang passt es auch, dass linke Politiker in den zurückliegenden Landtagsdebatten zum Thema nicht müde wurden, zu betonen, dass Faschisten ja nie von selbst an die Macht kamen, sondern ▶

Die von der Hessenschau bei der "Demo gegen Rechts" in Frankfurt interviewte Demonstrantin arbeitet beim Hessischen Rundfunk. #ReformOerr #OerrBlog

Frankfurt und Kassel zeigen Flagge gegen rechts

hs Hadija Haruna-Oelker

Bild © hr

MEINUNG

Hadija Haruna-Oelker
Hessischer Rundfunk

Wie unabhängig ist Detlef Flintz (WDR, Tagesthemen) in seiner politischen Berichterstattung? #ReformOerr #OerrBlog
gruene-gv.de/verband/vorsta...

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GREVENBROICH

STADTVERBAND

Detlef Flintz

Schriftführer

immer Helfer aus den Reihen von Konservativen und Christdemokraten hatten. Dies sollte die CDU ganz genau durchdenken, bevor sie in den „Anti-Rechts“-Kanon mit einstimmt. Möglicherweise ist sie dann als nächstes dran.

Frei nach Martin Niemöller:

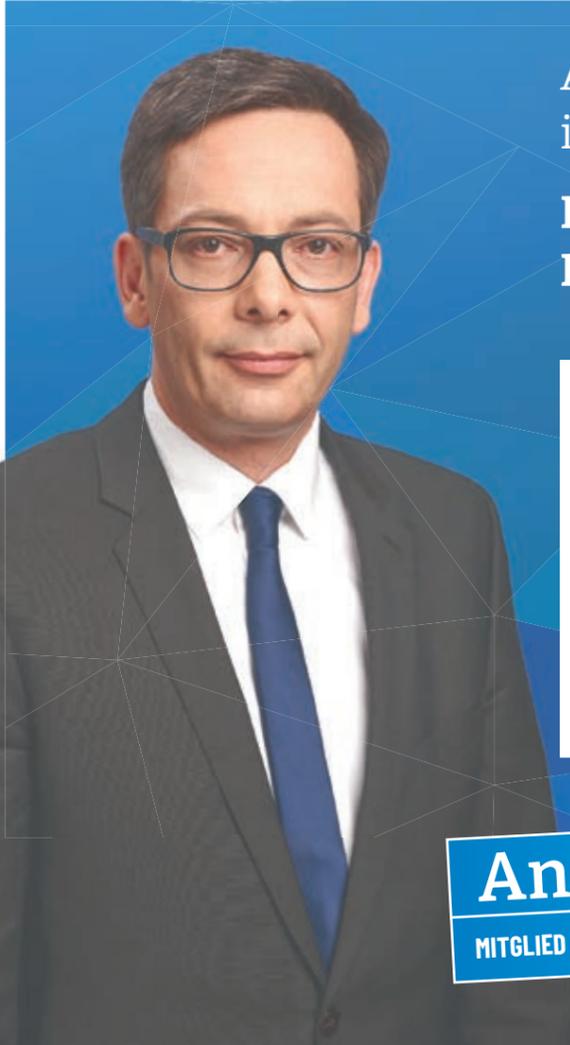
Als sie die Nationalisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Nationalist. – Als sie die Rechten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Rechter. – Als sie die Konservativen holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Konservativer.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Ja, die Demokratie ist angesichts der Stimmung im Land und der damit verbundenen Forderungen bedroht und zwar von denjenigen, die selbst an den Schalthebeln der Macht sitzen. Immer dann, wenn die vermeintlichen Retter unserer Werteordnung

von „Demokratie“ sprechen, ist Vorsicht an der Bahnsteigkante geboten.

Denn immer dann, wenn Sozialisten (egal ob rot, dunkelrot oder grünlackiert) von Demokratie sprechen, ist der sozialistische Demokratiebegriff gemeint. Schließlich nannte sich der Staat, der seine eigenen Landsleute bis ins Detail bespitzeln ließ, Regierungskritiker einsperrte und seine eigenen Landsleute an der Grenze erschießen ließ, auch „Deutsche Demokratische Republik“. Dort, wo Linke definieren, was Demokratie ist und vor allem, wer nicht zu den Demokraten gehört, hat das Volk nämlich nichts mehr zu sagen, aber dafür alles zu befürchten. Diejenigen, die aktuell beim Ausruf „Nie wieder ist jetzt“ mit dem Zeigefinger auf die AfD zeigen, wissen gar nicht, wie Recht sie damit haben, aber so ganz anders, als sie es wohl meinen. Und sie sollten beachten, dass die übrigen drei Finger auf sie selbst gerichtet sind. Wehret den Anfängen!



Auch in unruhigen Zeiten ist auf eine Sache Verlass: Ich setze mich für Sie im Landtag ein!

Sie möchten diese Zeitschrift digital als PDF-Version* erhalten? Bitte senden Sie eine E-Mail an: **Andre.Barth@slt.sachsen.de**



André Barth
MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES



*) Durch die ehrenamtliche Verteilung dieser Zeitschrift kann die Zustellung leider nicht in jedem Fall garantiert werden. Durch die digitale PDF-Version von **NACHGEHAKT** bleiben Sie einfach immer auf dem Laufenden!

Bundesregierung lässt Hochwasseropfer im Regen stehen

Die Zeit um den letzten Jahreswechsel war geprägt von zahlreichen Schäden durch Hochwasser. Die Regenmassen überfluteten mehrere Landkreise, vor allem in Mittel- und Nordwestdeutschland.

Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (beide SPD) nutzten diese Gelegenheit, um sich selbst in Szene zu setzen. Nancy Faeser stellte bei einem Besuch in Niedersachsen gegenüber der Deutschen Presse-Agentur Hilfe für die Opfer des Hochwassers in Aussicht. Kurz darauf meldete sich Bundeskanzler Olaf Scholz aus Sachsen-Anhalt zu Wort. Bei Besuchen in Sangerhausen sowie in Berga teilte er mit: „Dieser Geist der Solidarität wird auch hinterher gelten, und wir werden niemanden alleine lassen.“ Das gelte für

den Bund, die Länder und für viele andere, denn das gehöre zu unserem Land dazu. Scholz kündigte außerdem an, man werde nach dem Hochwasser gucken müssen, wie groß die Schäden seien und daraus Schlüsse ziehen. Das werde gemeinsam und solidarisch in Deutschland erfolgen. Die Entscheidung werde dann zwischen Bund und Ländern intensiv beraten und getroffen werden, wenn es so weit sei.

Nun kommt heraus:

Die Bundesregierung hat gar nicht die Absicht, die Geschädigten in den vom Hochwasser betroffenen Regionen mit Mitteln des Bundes finanziell zu unterstützen. Das hat eine schriftliche Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Janich er-

Autor: MdB Steffen Janich



geben. Hierauf hat die Bundesregierung mitgeteilt: „Das Grundgesetz weist die Aufgabenwahrnehmung und die Finanzierungsverantwortung in den Bereichen Katastrophenschutz und -hilfe grundsätzlich den Ländern zu. Der Bund kann sich nach geltender Staatspraxis nur dann und ausnahmsweise an den Kosten der Länder beteiligen, wenn Naturkatastrophen eine nationale Dimension er-

reichen und die Länder bei deren Bewältigung überfordert wären. (...) Es ist derzeit nicht absehbar, dass die hohen verfassungsrechtlichen Erfordernisse für eine von Ihnen angefragte finanzielle Unterstützung des Bundes erfüllt werden.“

Nach Auffassung von Steffen Janich (MdB) erreichen die falschen Versprechen der Ampel-Regierung damit neue Pegelstände. Es ist an Verachtung gegenüber dem eigenen Volk nicht zu übertreffen, dass die

Bundesregierung bis zum Jahr 2030 etwa 10 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe für das Land Indien übrig hat, aber die deutschen Hochwasseropfer buchstäblich im Regen stehen lässt. Wohlgemerkt: Indien ist ein Land, das im Gegensatz zur BRD inzwischen ein eigenes Raumfahrtprogramm betreibt. Nur mit einer künftigen AfD-Regierung wird es in Zukunft heißen: Unser Geld für unsere Leute. Wir werden keinen Landsmann zurücklassen.



Autor: Steffen Janich
Mitglied des Bundestags

Korruption im SPD-geführten Sozialministerium?



S Autor: MdL André Barth
Seit einem halben Jahr beschäftigt ein mutmaßlicher Korruptionsskandal in Sachsens Sozialministerium von Petra Köpping (SPD) die sächsische Politik. Im August wurde bekannt, dass der Sächsische Rechnungshof an einem Sonderbericht arbeitet, der sich mit der Umsetzung der Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen“ durch Köppings Ministerium befasst. Im Raum standen massive Vorwürfe, u.a. Vetternwirtschaft und parteipolitisch motivierte, rechtswidrige Förderungen. Grund genug für die AfD-Fraktion, schnellstens zu handeln und für den 31. August eine Sondersitzung des Landtages anzuberaumen. Unser Ziel war es, die Vorwürfe schnellstmöglich aufzuklären. Denn die Vorwürfe wiegen schwer, sie sind dazu geeignet, das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig zu beschädigen. Zugegebenermaßen lag seinerzeit der Sonderbericht des Rechnungshofes noch nicht vor. Was die übrigen Landtagsfraktionen dann in der Landtagsdebatte veranstalteten, ließ jedoch tief blicken. Es wurde nicht etwa über die dringend notwendige Aufklärung gesprochen. Vielmehr wurde die AfD zur Zielscheibe der Angriffe von Linken, Grünen und SPD, aber auch der CDU. Das erinnerte

dann schon sehr an das Sprichwort, nach dem in Deutschland derjenige als viel gefährlicher gelte, der auf den Schmutz hinweist, als derjenige, der ihn gemacht hat. Uns wurde vorgeworfen, „Klammauk und Kasperletheater“ (Sören Voigt, CDU) zu betreiben, Linksfraktionschef Gebhardt sprach von einer „sinnlosen Sondersitzung“, der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Valentin Lippmann, bezeichnete es als „bizarres Schauspiel“. Frau Köpping sprach sogar davon, dass ihr Haus immer das Richtige getan habe. Aufklärungswille gleich Null. Stattdessen Verschleiern, Verzögern und Vertuschen! Warum diese getroffenen Hunde derart energisch bellten, liegt auf der Hand: sie selbst, ihre Parteigenossen und ihr politisches Vorfeld profitieren in erheblichem Ausmaß von den Strukturen im Sozialministerium, wodurch Steuergeld für vermeintliche Integrationsprojekte ohne jegliche Prüfung an linksgrüne Vereine ausgeschüttet wird. Wenige Tage vor der Landtagssitzung war übrigens der für die fragwürdigen Förderungen verantwortliche SPD-Staatssekretär im Sozialministerium Vogel zurückgetreten. Warum eigentlich, wenn denn die Vorwürfe so abwegig waren? Jedoch – und das ist durchaus ein Verdienst unserer Oppositi-

onarbeit – wären wohl ohne den Druck unserer Fraktion durch die beantragte Sondersitzung keinerlei Konsequenzen erfolgt.

sondern diese müssten in einem verschlossenen Umschlag hinterlassen werden. So kann keine Transparenz hergestellt werden.

Vernichtendes Urteil zu den Zuständen im Sozialministerium

Rechtzeitig vor der letzten Landtagssitzung 2023 lag der Prüfbericht des Ministeriums vor und fällte ein vernichtendes Urteil zu den Zuständen im Sozialministerium. Folgende Befunde wurden nach einem Antrag der AfD-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Debatte diskutiert: bei 17 Zuwendungsempfängern fand der Rechnungshof Anhaltspunkte für politische Näheverhältnisse zwischen Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger (das ist das, was unsere Politiker bei anderen Staaten als Korruption bezeichnen würden); es wurde seitens des Ministeriums aktiv gegen den Grundsatz der staatlichen Neutralität und gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz verstoßen; ein Entscheidungsträger im Ministerium (der zurückgetretene Staatssekretär Vogel) war entgegen interner Richtlinien an Förderungen mit besonderen Näheverhältnissen beteiligt, u.a. an der Förderung eines Vereins, bei dem seine Frau Geschäftsführerin war.

Doch auch in dieser Landtagssitzung gab es keinerlei nennenswerte Konsequenzen seitens der Regierung. Lediglich eine neue Förderrichtlinie für das Ministerium wurde erlassen, die jedoch kein einziges der vom Rechnungshof identifizierten Probleme löst und vor allem die korruptionsgefährdeten Strukturen nicht unterbindet, sodass diese in Zukunft ausgeschlossen wären. Zudem ist die Mitwirkung des Ministeriums bei der Ausklärungsarbeit des Rechnungshofes nicht ausreichend. Nicht einmal dem Rechnungshof liegen alle Akten vor. Noch weniger transparent sieht die Lage für aufklärungswillige Abgeordnete aus. Im Ausschussbüro des Haushalts- und Finanzausschusses liegen die Akten für die Abgeordneten zur Einsicht aus. Es handelt sich dabei um geschwärzte Akten. Nicht einmal die Notizen bei der Akteneinsicht dürfen die Abgeordneten dann mitnehmen,

AfD beantragt Untersuchungsausschuss

Daher haben wir uns entschlossen, einen Untersuchungsausschuss einzuberufen, der den Bürgern öffentlich seine Erkenntnisse präsentieren kann. Doch auch dieses Vorhaben lief nicht problemlos, obwohl wir nach der Stärke unserer Fraktion das alleinige Recht zur Einsetzung des Ausschusses hatten. Die anderen Fraktionen meldeten rechtliche Bedenken beim Titel und beim zu formulierenden Untersuchungsauftrag des Ausschusses an. Ein Gutachten des juristischen Dienstes bestätigte einige dieser Bedenken, sodass wir zur Plenarsitzung am 31. Januar noch einen Änderungsantrag einbrachten, der diese ausräumte und so den Weg für den Untersuchungsausschuss frei machte – aber „DENKSTE!“.

Auch dies ging den anderen Fraktionen nicht weit genug, sodass es in der Folgewoche eine Sondersitzung des Verfassungs- und Rechtsausschusses brauchte und eine weitere Sondersitzung des Landtages am 09. Februar.

Da es uns um ehrliche Aufklärung geht, ruderten wir weiter zurück, um der politischen Konkurrenz keine weiteren Argumente für ihre Taktik „Verschleiern, Verzögern und Vertuschen“ zu geben. Wir verwenden nun beispielsweise im Titel des Ausschusses den Begriff „mutmaßlich rechtswidrige Förderpraxis“ statt „Fördersumpf“. Dies war offenbar eine Herzensangelegenheit der übrigen Parteien. Als ob es keine wichtigeren Probleme gäbe, als diese Begriffsklauberei. Letztlich kam der Untersuchungsausschuss nun mit einiger Verzögerung und wird schon bald seine Arbeit aufnehmen. Ich wurde als Mitglied des Ausschusses gewählt

und von meiner Fraktion als Obmann bestimmt. Unser Ziel ist es, bis zum Ende der Wahlperiode bereits wesentliche Erkenntnisse offen zu legen. Schließlich soll der Bürger wissen, wie mit seinem Steuergeld umgegangen wird! Wir bleiben für Sie am Ball!

📺 Videos zum Thema:



Youtube
Aktuelle Debatte im
Dezember-Plenum



facebook
Antrag auf Untersuchungsausschuss im Januar-Plenum:



facebook
Sondersitzung zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses am 09. Februar

Senkung der Elternbeiträge in Kreischa abgelehnt

Am 29.01.2024 stand unser Antrag zur Senkung der Elternbeiträge für Krippe, Kita und Hort im Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung. Das Interesse schien groß, da der Saal sehr gut gefüllt war.

Autor: Frank Fiebiger

Zunächst bestanden wir darauf, wie in §12 Abs.1 vorgesehen, unseren Antrag selbst zu begründen. Wir erläuterten, dass sich die finanzielle Situation bei Familien mit Kindern in den letzten Jahren verschärft hat. Die allgemeine wirtschaftliche Lage, Inflation und die allgemein steigenden Kosten haben dazu beigetragen. Wir wollen nicht, dass sich junge Familien aus diesen Gründen gegen Kinder entscheiden.

Die Senkung der Elternbeiträge und damit die Entlastung der Familien sollten deshalb bei der Erstellung von Haushaltsplänen oberste Priorität haben. Kinder sind die zukünftigen Steuerzahler und werden später alle sozialen Leistungen finanzieren. Mehr Kinder sorgen z.B. auch für mehr Rentensicherheit.

Wie das finanziert werden soll? Auch dafür konnten wir Vorschläge liefern. Auch uns ist bewusst, dass man Geld nur einmal ausgeben kann. Deshalb braucht man die Priorisierung von zu finanzierenden Projekten. Sicher müssen andere Dinge dann hinten angestellt werden und können vielleicht erst später realisiert werden. Aber es gibt auch ausreichend Einsparmöglichkeiten.

Muss man jetzt, bei einem funktionierenden Löschwasserteich in Wittgensdorf eine neue Zisterne bauen? Ist ein Anbau an das Feuerwehrhaus Kreischa (ca. 450.000,- €) als Unterstellplatz für einen Hochwasseranhänger und einen VW-Bus nötig, oder hätte vielleicht eine günstigere Variante (z.B. Carport) ausgereicht? Ist es wirklich notwendig, für 180.000,- € Computertechnik (Gemeindeverwaltung) neu zu beschaffen? Auch der Ökoausgleich (Schulneubau) wird voraussichtlich nicht abgerufen werden.

Vielleicht sollte man auch wissen, dass in jedem Jahr enorme Summen für z.B. Nachträge im Straßenbau, oder der fast Verdreifachung der Baukosten von dem Neubau des Gerätehauses Lungkwitz ausgegeben werden.

Die Senkung der Elternbeiträge hätte die Gemeinde Kreischa auch ohne Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer finanzieren können. Das Argument von Herrn Wohlfahrt (FBK), unser Antrag wäre zu-

tiefst unsozial, da auch Rentner durch eine Grundsteueranhebung betroffen wären, ist deshalb falsch. Auch der Hinweis von Herrn Lerche, dass man doch für den Schulneubau liquide bleiben muss, teilen wir nicht. Sollte das so umgesetzt werden, übersteigt die Prokopfverschuldung so oder so das erlaubte Maß. Außerdem braucht man nur eine größere Schule, wenn man dafür genügend Schüler hat.

Da in der Diskussion absehbar war, dass unser Antrag bei FBK und CDU keine Zustimmung finden wird, haben wir einen Antrag auf Vertagung gestellt. Damit wollten wir der Gegenseite die Gelegenheit geben bis zur nächsten Sitzung einen Kompromissvorschlag vorzulegen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wer welche Position bezieht. Deshalb haben wir vor der Entscheidung einen Geschäftsordnungsantrag zur namentlichen Abstimmung gestellt.

Ergebnis der Abstimmung:

• Herr Oertel (FBK)	Ablehnung
• Herr Wohlfahrt (FBK)	Ablehnung
• Herr Blume (FBK)	Ablehnung
• Herr Zschüttig (FBK)	Ablehnung
• Herr Dr. Kobera (FBK)	Ablehnung
• Herr Pietzsch (FBK)	Ablehnung
• Herr Petzold (FBK)	Ablehnung
• Herr Lerche (FBK)	Ablehnung
• Herr Rühle (CDU)	Ablehnung
• Herr Vogel (AfD)	Zustimmung
• Herr Herrmann (AfD)	Zustimmung
• Herr Reichel (AfD)	Zustimmung
• Herr Schurzky (AfD)	Zustimmung
• Herr Fiebiger (AfD)	Zustimmung

Es tut uns für alle Eltern leid, dass wir nicht einmal einen Kompromiss aushandeln konnten. Im Juni werden die Karten neu gemischt. Wir bleiben in jedem Fall am Thema.



Autor:
Frank Fiebiger
Fraktionsvorsitzender der
AfD in Kreischa

Aufstellungsversammlung für die Kommunalwahl am 9. Juni 2024



In der Reichskrone zu Dippoldiswalde fanden am 19.01.2024 ab 17:30 Uhr die Aufstellungsversammlungen für die Stadt- und Gemeinderäte Dippoldiswalde, Altenberg, Glashütte, Klingenberg und Kreischa statt. Der Versammlungsraum war bis zum letzten Platz besetzt und die Stimmung großartig. Mit viel Disziplin und Engagement wurde die Wahl durchgezogen.

Trotz der Vielzahl der Bewerber bekam jeder die notwendige Zeit, sich den Mitgliedern vorzustellen. Und so waren wir dann gegen 21:00 Uhr durch und fertig (und das tatsächlich). Deutlich mehr Bewerber als 2019 konnten wir auf die Kommunalwahllisten setzen. Das zeigt, dass wir in der Mitte der Gesellschaft angekommen

Autor: Rolf Süßmann

sind. Während man 2019 noch angab, man würde die AfD schon wählen, jedoch nicht seine Person für ein Wahlamt zur Verfügung stellen, so ist dies im Wahljahr 2024 nicht mehr so. Und so können wir mit gut gefüllten Listen dem Wahltag entgegensehen. Ein „herzliches Dankeschön“ geht hier auch an alle Altparteien in Deutschland, die durch ihre desaströse Politik die Entscheidung für die AfD leichter gemacht haben.



Autor:
Rolf Süßmann
Fraktionsvorsitzender der
AfD in Dippoldiswalde

Mit letzter Kraft vor der Neuwahl – eine Art Nachruf

Im November war es dann soweit. André Barth musste unsere Stadtratsfraktion in Dippoldiswalde verlassen. Da er den Wohnort gewechselt hat und nach Altenberg gezogen ist, musste er sein Stadtratsmandat niederlegen. Da die Liste erschöpft war, müssen wir nun mit einem weniger auskommen. Es heißt, jeder sei ersetzbar. Mag sein, aber die einen einfacher und die anderen schwerer. André ist schwer zu ersetzen, da er durch sein unglaubliches Wissen im Bereich der Finanzen manches Mal unsere Kämmerin zum Stottern gebracht hatte. Weiterhin waren sein In-

siderwissen aus dem Landtag und die Möglichkeit über Förderprogramme, welche gerade neu aufgelegt wurden, zu referieren ein großer Vorteil unserer Fraktion. Den haben wir nun leider nicht mehr. Dennoch werden wir als verbleibender Rest noch bis zum Ende der Legislaturperiode für die „Dippser“ kämpfen.

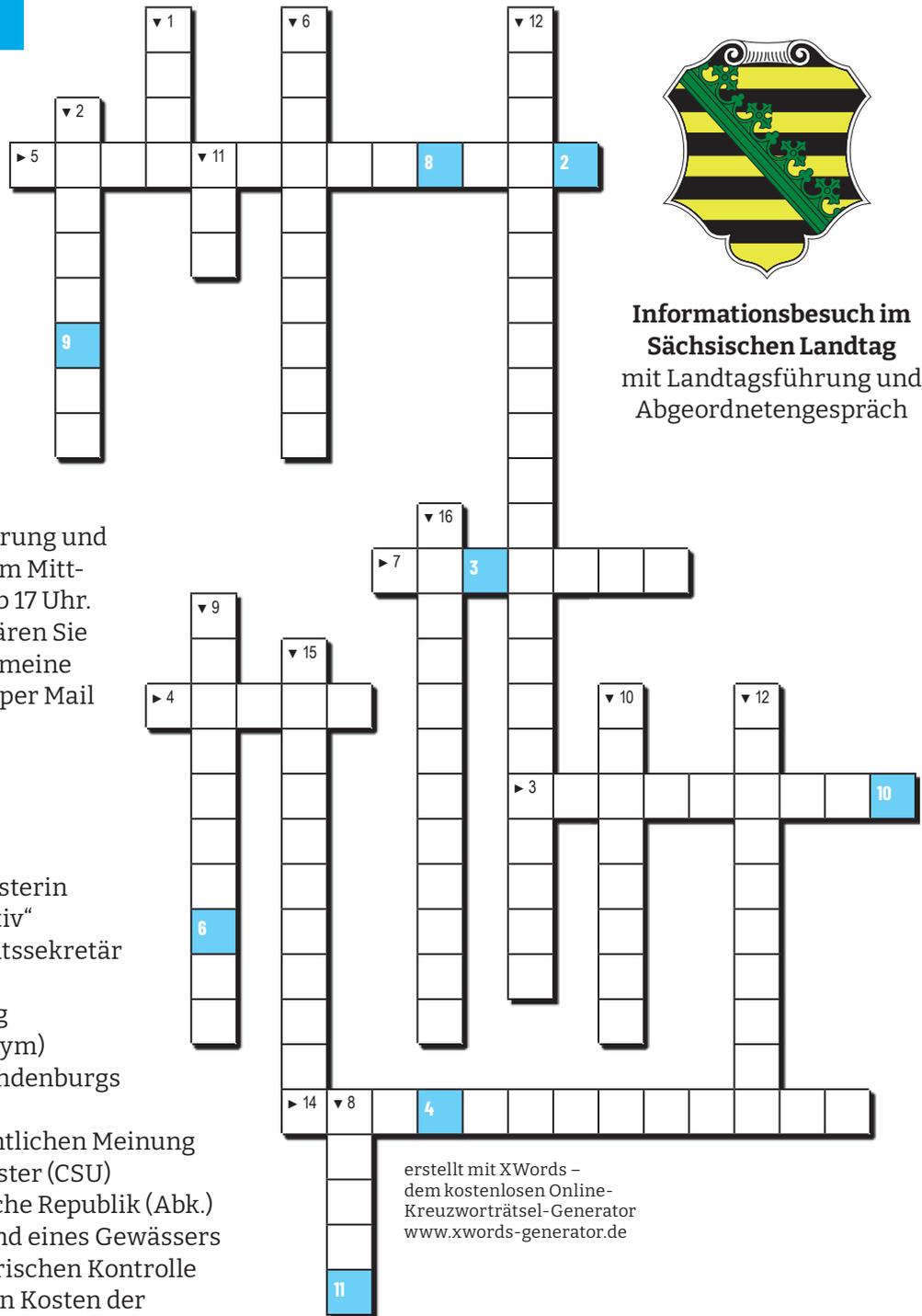
Lieber André, ich denke und wünsche, dass du im Altenberger Stadtrat ab Juni 2024 den Kämmerer bzw. die Kämmerin genauso zum Schwitzen bringst, wie du es in Dipp gemacht hast und mit unbequemen Fragen den Haushalt aufmischst.

GEWINNSPIEL

Lösen Sie das Kreuzworträtsel und senden Sie das Lösungswort bis zum 21. Mai 2024 an andre.barth@slt.sachsen.de

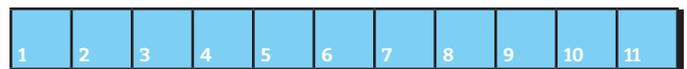
Unter allen Teilnehmern verlosen wir 10 Teilnahmen (für jeweils bis zu 4 Personen) an einem Informationsbesuch im Sächsischen Landtag mit Landtagsführung und Abgeordnetengespräch am Mittwoch, den 05. Juni 2024 ab 17 Uhr. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich einverstanden, über meine parlamentarische Arbeit per Mail informiert zu werden.

1. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (Abk.)
2. sächsische Sozialministerin
3. linkes „Autorenkollektiv“
4. zurückgetretener Staatssekretär (Sozialministerium)
5. staatliche Geldzahlung
6. Vorteilsnahme (Synonym)
7. Landeshauptstadt Brandenburgs
8. erfundene Geschichte
9. Manipulation der öffentlichen Meinung
10. bayrischer Innenminister (CSU)
11. Deutsche Demokratische Republik (Abk.)
12. sehr hoher Wasserstand eines Gewässers
13. Mittel der parlamentarischen Kontrolle
14. Anteil der Eltern an den Kosten der Kinderbetreuung
15. Lokal in Dippoldiswalde
16. Wahl auf Ebene der Kreise, Städte und Gemeinden



Informationsbesuch im Sächsischen Landtag
mit Landtagsführung und Abgeordnetengespräch

Lösungswort



Impressum:

Herausgeber:
André Barth, MdL
Markt 10,
01744 Dippoldiswalde
Telefon: 0351 493 42 11
Email: andre.barth@slt.sachsen.de
V.i.S.d.P.: André Barth, MdL

André Barth, MdL
Web: www.andrebarth.de
Facebook: www.facebook.com/andrebarthmdl
Twitter: www.twitter.com/BarthMdl
Instagram: www.instagram.com/andre_barth_mdL/

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH
Auflagenhöhe: 20.000 Stück
Ausgabe Nr. 2 / März 2024

Bildnachweise:
Seite 1: DDRockstar-stock.adobe.com,
Seite 1, 7: KI-stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält es sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise bedarf der ausdrücklichen Zustimmungen des Herausgebers.